

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 107. Ratssitzung vom 18. Januar 2012**

### **2226. 2011/392**

**Dringliche Interpellation von Michèle Halser-Furrer (EVP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2011:**

**Gas- und Fernwärmeversorgung in Zürich-Nord, Versorgungsnetz und Tarifpolitik**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 1576 vom 21. Dezember 2011).

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Interpellationen 2011/392 und 2011/426 (Protokoll-Nrn. 2226 und 2227).

**Michèle Halser-Furrer (EVP):** *Auf der einen Seite steht ein wirtschaftliches Unternehmen mit der Aufgabe, zu vernünftigen Konditionen Gas zu liefern. Das Unternehmen erfüllt den Auftrag seit Jahrzehnten und würde ihn auch weiterhin gerne erfüllen. Auf der anderen Seite steht der Stadtrat, der diesem Unternehmen Gaslieferungen nun verbieten will. 1992 wurde zwar über einen Kredit für die Fernwärme abgestimmt. Das Volk stimmte damals aber nicht über die Kappung des Gasnetzes ab. Wie soll Erdgas Zürich im harten Wettbewerb auf dem Wärmemarkt bestehen können, wenn der Stadtrat verbietet, ein gut unterhaltenes Versorgungsnetz weiter betreiben zu dürfen? Erdgas Zürich beansprucht keine Steuergelder. Zur Ökologie der Fernwärme: Die hohen Netzkosten der Fernwärme verhindern den ökologischen Fortschritt. Werden alle Häuser auf Minerale umgerüstet, kann die Fernwärme über ihr teures Netz beinahe keine Wärme mehr verkaufen. In der 2000-Watt-Gesellschaft wird die Fernwärme grosse Mühe haben, ihr Netz zu finanzieren. Das Erdgas verfügt über eine viel kostengünstigere Infrastruktur und wird auch dann noch rentabel sein, wenn die Fernwärme ohne Staatshilfe schon längst aufgeben müsste. Allein aus diesen Gründen ist es unsinnig, das bestehende Erdgasnetz abzuschalten. Die Empörung unter den Betroffenen in Zürich Nord ist gross. Nur eine Minderheit der Betroffenen werden an das Fernwärmenetz angeschlossen. Die in Offerten aufgeführten Kosten sind unglaublich. In einem belegbaren Fall hätte ein Eigentümer für rund fünfzehn Meter Anschlussleitung 80 000 Franken bezahlen müssen. Wir kämpfen deshalb für die Beibehaltung der heute bestehenden Erdgasnetze in Zürich Nord und für die unternehmerische Freiheit von Erdgas Zürich, das Netz unter wirtschaftlichen Bedingungen betreiben zu können. Hier braucht es ein rascher Entscheid. Wir werden die Petition lancieren und überlegen, wie wir die Sache dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreiten können. Falls es nicht gelingt, werden wir für bessere Übergangsfristen und bessere Unterstützung kämpfen.*

**Roger Tognella (FDP):** Die Versorgung mit Erdgas wird aus grundsätzlich nachvollziehbaren Gründen eingestellt. Doch die Abschaltung hinterlässt im Quartier und bei den Betroffenen Fragen. Ökonomisch gesehen ist Öl aufgrund der tiefen Preise immer noch eine gute Alternative. Man könnte auch auf Pellets setzen – diese haben jedoch den Nachteil, dass sie Feinstaub generieren. Bei Fernwärme ist ein neuer Anschluss mit Anschlussgebühren nötig. Selbstverständlich könnte der Anschluss künstlich günstiger gemacht werden. Doch das wäre etwas problematisch, weil es dann zu Ungleichbehandlungen kommen könnte. Beim Entscheid von 1992 wurde nicht genügend an die Umsetzung gedacht, die nun stattfinden wird. Erweiterte Beratungsdienstleistungen werden aufgrund des bereits vorhandenen Angebotes nicht benötigt. Die Betroffenen möchten nur eine gesicherte und günstige Energieversorgung, um heizen zu können. Die Gasleitungen sind offenbar nicht länger akzeptabel und die Lösung der Stadt lautet, das Gasnetz abzuschalten. Der Gasversorger ist sicherlich daran interessiert, die Gasversorgung weiterhin zu betreiben. Eventuell könnte über eine Kostenübernahme in beschränktem Rahmen aus einer CO<sub>2</sub>-Kasse eine Verschiebung vorgenommen werden. Das würde einer direkten Subventionierung entsprechen. Doch in dieser Angelegenheit haben Eigentümer und Mieter erwartet, dass das Gasnetz weiterhin besteht. Die Subventionierung muss daher als mögliche Lösung betrachtet werden. Viele Betroffene würden aus ökonomischen Gründen wohl nicht auf ökologischere Alternativen wie Erdsonden wechseln. Die Angelegenheit muss insgesamt nochmals überdacht werden. Eventuell könnte auch das Anschlussverbot gelockert werden. Der Stadtrat sollte die Alternativen nochmals prüfen. Beratungsangebote sind gut, doch es braucht auch konkrete Lösungen.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Vom 1. Juli 2015 bis ins Jahr 2019 werden 500 Haushaltungen von der Erdgasversorgung abgehängt. Bei den Immobilieneigentümern hat das starke Emotionen ausgelöst. Seit Beginn der 90er-Jahre wurde gesagt, dass in Zürich Nord kein Gasausbau stattfinden wird. Der Stadtrat hat die Freiheit, das Netz abzuschalten. Erdgas Zürich kann behaupten, es sei legitim. Doch was legitim ist, ist nicht immer richtig. Als technologische Änderungen vollzogen wurden, hätten die Betroffenen deutlich darauf hingewiesen werden müssen, dass das Gasnetz in zehn oder fünfzehn Jahren abgeschaltet werden könnte. Es braucht eine kulante Lösung und eine verbesserte Gesprächsbereitschaft. Der Stadtrat wies in seinen Antworten nicht nur auf die Beratungen hin, sondern auch auf Clusterlösungen. Doch die finanzielle Last bei der Clusterbildung liegt wieder beim Immobilieneigentümer. Die Stadt subventioniert an allen Ecken und Enden. Es darf nicht sein, dass in diesem Fall von Beginn an Härtefälle ausgeschlossen werden und die Betroffenen selber nach Lösungen suchen müssen. Der Stadtrat sollte die Angelegenheit nochmals überdenken und zusammen mit den Betroffenen und den Parteien nach besseren Lösungen suchen.

**Patrick Blöchlinger (SD):** In Zürich Nord soll nach Ansicht des Stadtrates die Versorgung mit Erdgas etappenweise bis 2019 eingestellt werden. Bei rund 150 betroffenen Liegenschaften besteht die Möglichkeit eines Anschlusses an das Fernwärmenetz. Bei

50 weiteren Liegenschaften ist es fragwürdig, ob sie angeschlossen werden können. Bei den restlichen 300 Liegenschaften ist noch alles offen. Seit dem Stadtratsbeschluss von 1992 ist es grundsätzlich verboten, weitere Liegenschaften mit Erdgas zu erschliessen. Gleichzeitig wird bemängelt, dass die Erträge in Zürich Nord aufgrund von fehlenden Neuanschlüssen rückläufig sind. Dieser Rückgang ist durch das Verbot entstanden, neue Liegenschaften an das Gasversorgungsnetz anzuschliessen und soll nun zur Stilllegung der Erdgasleitungen in Zürich Nord führen. Es ist auch unverständlich, dass einige Jahre nach dem stadträtlichen Beschluss trotzdem mehrere Liegenschaften, namentlich einige Gebiete in Unteraffoltern, an das Erdgasnetz angeschlossen wurden. Es stellt sich die Frage, weshalb aktiv nach neuen Erdgas-Kunden gesucht wurde, obwohl bekannt war, dass die Kunden früher oder später wieder vom Netz abgehängt werden sollen. Dieses Vorgehen ist unseriös und inakzeptabel.

**Bernhard Piller (Grüne):** Die Grünen halten den Grundsatzentscheid für richtig. Es ist logisch, dass für den Stadtrat primär ökonomische Argumente im Vordergrund standen. Der Betrieb von zwei parallelen Netze im gleichen Gebiet macht ökonomisch keinen Sinn, zumal der spezifische Wärmebedarf in Zukunft sowieso sinken muss und wird. Dass der Entscheid im Fall Zürich Nord aus mehreren Gründen zugunsten der Fernwärme ausfiel, scheint aus ökologischer Sicht sehr logisch, da sich der Fernwärmeproduzent in Zürich Nord befindet. Erdgas ist ein fossiler Energieträger, stösst CO<sub>2</sub> aus und ist nicht unendlich verfügbar. Bezüglich der Klimabilanz ist Erdgas nur marginal besser als Erdöl. Der Grundsatzentscheid ist deshalb richtig. Nun geht es um die Massnahmen. Bei den flankierenden Massnahmen ist die Rede von kostenlosen Beratungsangeboten. Diese sind tatsächlich sehr wichtig und sollten auch genutzt werden. Der Stadtrat und die entsprechenden Fachleute sollten auf die betroffenen Personen in Zürich Nord zugehen und ihnen die Palette der möglichen erneuerbaren Energien oder die Möglichkeit eines Anschlusses ans Fernwärmenetz aufzeigen. Wenn über den Anschluss von Liegenschaften entschieden wird, sollte nichtallein die hundertprozentige Vollkostenrentabilitätsrechnung gelten. Es ist klar, dass möglichst viele Liegenschaften an das Fernwärmenetz angeschlossen werden müssen, sofern keine Alternativen wie Sonne oder Holz bestehen. Ein Appell an den Stadtrat: Die Subventionspraxis sollte bei der Solarwärme überprüft werden.

**Catherine Rutherford (AL):** Als in Zürich Nord tätige Architektin, die energetische Sanierungen durchführt, bin ich von diesen Fragen ebenfalls betroffen. Einige meiner Kunden wussten von der Abschaltung oder der Tatsache, dass kein neuer Anschluss gemacht werden kann. Ein anderer Kunde behauptet, er hätte seine Gasheizung noch im Jahr 2009 durch ein neues Gerät ersetzt. Nun soll er im Jahre 2015 abgehängt werden. Der Plan war offenbar nicht genügend klar. Aus finanzieller Perspektive mag der Umstieg auf Öl attraktiv sein. Doch das kann nicht die Lösung sein. Nebst einer Beratung muss überlegt werden, ob nicht noch andere Lösungen angeboten werden könnten, damit sich die Betroffenen mit erneuerbaren Energien befassen. Eine Ölheizung könnte zum Beispiel mit Sonnenkollektoren ergänzt werden, damit im Sommerhalbjahr das Warmwasser mit Sonnenkollektoren erwärmt werden kann. Das bedeutet jedoch nochmals zusätzliche Kosten. Die Häuser könnten auch besser gedämmt werden, damit

sie generell weniger Energie benötigen. Der Prozess lief nicht optimal und nun braucht es Ideen, wie die Umstellung in eine nachhaltige Richtung unterstützt werden kann.

**Philipp Käser (GLP):** Wir haben grosses Verständnis für die Emotionen. Doch wir haben noch einige Jahre Zeit, um Lösungen zu finden. Der Entscheid zur Abschaltung des Gases war sowohl aus ökologischer als auch wirtschaftlicher Sicht richtig. Die Abkündigung des Gasnetzes kam zudem nicht für alle Hausbesitzer überraschend. Die Gasversorgung Zürich warnte bereits 1996 in einem Schreiben davor, weitere Investitionen zu tätigen, da die Versorgung längerfristig nicht sichergestellt sei. Es ist denkbar, dass diese Information nicht in allen Fällen gründlich erfolgte. Etwas mehr Klarheit von der Seite der Stadt wäre angebracht gewesen. Der Weiterbetrieb des Gasnetzes kann nicht die Lösung sein. Die Stadt sollte individuelle Lösungen für die noch nicht ans Fernwärmenetz anschliessbaren Haushalte unterstützen. Dies sollte in Form von Beratung und tatkräftiger Unterstützung erfolgen. Mit der energetischen Sanierung wird sich der Wärmebedarf bereits drastisch senken lassen. Für die noch zu produzierende Restwärme bieten sich mehrere Lösungen an wie zum Beispiel Kollektoren oder Erdsonden. Die GLP steht hier gerne als Partner für pragmatische Lösungen bereit.

**Mirella Wepf (SP):** Es scheint, dass Erdgas Zürich, Fernwärme Zürich und ewz nicht optimal zusammengearbeitet haben. Es geht um ein System in einem grösseren Zusammenhang. Dort müsste die Zusammenarbeit besser ausfallen. Für die betroffenen Anwohner ist die Situation schwierig und teuer. Die vom Stadtrat versprochenen flankierenden Massnahmen können nicht nur aus persönlichen Beratungen bestehen.

**Niklaus Scherr (AL):** Ich teile die Ansicht, dass es mehr flankierende Massnahmen braucht. Zur Netzproblematik: Meine Generation hat die Anfänge der Fernwärme hautnah miterlebt. 1972 wurde davon gesprochen, ganze Gebiete flächendeckend an die Fernwärme anzuschliessen. Irgendwann realisierte man, dass das zu teuer wäre. Natürlich muss vorhandene Abwärme genutzt werden. Wollen wir eine Ökologisierung, müssen wir aber auch mit Solarkollektoren arbeiten. Dadurch kann im Sommer eine Eigenversorgung der Wohnhäuser stattfinden. Fernwärme wird ökonomisch und ökologisch zum Klumpfuss. Im Winter ist Fernwärme sowieso momentan zu 50 % Gasheizung. Fernwärme ist im Industriequartier effizient, wo auch im Sommer Wärmeenergie in grösserem Umfang gebraucht wird, flächendeckende Fernwärmenetze sind schwerfällig, während ein Gasnetz viel effizienter auf Schwankungen reagieren kann. Gas kann auch gespeichert werden. Ein Gasnetz kann morgen ein Bio- oder Windgasnetz sein, das auch zur dezentralen Verstromung auf ökologisch korrekter Basis verwendet werden kann. Fernwärme ist ein Auslaufmodell.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türler:** Die Angelegenheit wurde oft überdacht. 1992 gab es zwei Dienstabteilungen: Gasversorgung und Fernwärme. Die Stadt als Eigentümerin von zwei verschiedenen Netzen mit demselben Zweck beschloss, dass das aus ökonomi-

schen Gründen keinen Sinn macht und das Erdgas sich zurückziehen muss. Dieser Entscheid war aus damaliger wie auch heutiger Sicht richtig. Es ist keine Frage des Schutzes des freien Unternehmertums und des freien Wettbewerbs. Die Stadt Zürich hat einen unternehmerisch richtigen Entscheid gefällt. Die Erdgas Zürich hatte immer die klare Weisung, mitzuteilen, dass das Netz abgeschaltet wird. Doch die Mitteilung erfolgte nur bei den Personen, die ihr Gerät angemeldet haben. Aus Sicherheitsgründen besteht bei den Geräten eine Meldepflicht. Deshalb: Wenn jemand sagt, er habe von nichts gewusst, muss immer die Rückfrage gestellt werden, wann er das Gerät angemeldet habe. Falls ein Gerät angemeldet wurde und kein Hinweis auf die Abschaltung des Netzes erfolgte, ist tatsächlich etwas nicht ordnungsgemäss verlaufen. Das Limit der Erdgas Zürich, sich aus dem Netz zurückzuziehen, ist übrigens keine Jahreszahl, sondern eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Dieser Zeitpunkt ist nun gekommen. Der Vorwurf, dass die Bewohnerinnen und Bewohner im Regen stehen gelassen werden, stimmt so nicht. Es wurden Alternativen geprüft, es wurden Beratungen angeboten, es wurde aktiv informiert. Wir haben unser Möglichstes getan. Das Vorgehen war eine saubere, gerechte und umfassende Lösung. Es dauert zudem noch vier bis acht Jahre bis zur Abschaltung. In den übrigen Quartieren der Stadt existieren weniger enge Vorgaben, zumal in jenen Quartieren mit Gasversorgung Versorgungsleitungen vorhanden sind, die durch das Quartier führen. Diese werden benötigt. Den Hinweis auf Biogas im Gasnetz haben wir aufgenommen. Wir wollen damit auch klar festhalten, dass Erdgas Zürich als erstes Unternehmen Biogas zu Heizzwecken anbot. Die Lösung ist vernünftig und kann an vielen Orten auch so realisiert werden. Doch in Zürich Nord kann nichts mehr geändert werden, was das Gas betrifft. Stadträtin Ruth Genner wird sich nun zum Thema Fernwärme äussern.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Ruth Genner:** Es ist dem Stadtrat ein Anliegen, ökologisch und ökonomisch eine sinnvolle Energie- und Wärmeversorgung zu betreiben – besonders auch in Zürich Nord. Zwei Netze im selben Gebiet sind nicht wirtschaftlich. Die lange Anschlussleitungen der Fernwärme verursachen hohe Kosten. Wir können jedoch die lokale Abwärme des Kehrichtheizkraftwerks im Hagenholz nutzen. Neu gibt es ein Holzkraftwerk in Aubrugg. Damit haben wir uns von der ökologischen Seite her deutlich verbessert. Rund 80 % der Wärme ist CO<sub>2</sub>-neutral. Es braucht somit viel weniger Erdgas als früher. Erdgas ist grundsätzlich nur für den Winter gedacht, in dem Spitzenenergie benötigt wird. Rund 500 Liegenschaften sind vom Rückzug von Erdgas Zürich in den Jahren 2015 bis 2019 betroffen. Jedes einzelne Haus wurde geprüft. Es wurde überprüft, welche Lösung wirtschaftlich sinnvoll wäre und welche Liegenschaft ans Fernwärmenetz angeschlossen werden soll. Der Anschluss ist bei 200 Häusern wirtschaftlich vertretbar. Es handelt sich dabei um die grösseren Häuser. Nun ist es wichtig, dass die 300 anderen Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer beraten werden. Ihnen muss aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Im gesamten Fernwärmegebiet beansprucht die Fernwärme 64 % des Marktanteils für die Wärme. 26 % der Liegenschaften sind mit Ölheizungen versehen, 5 % mit Gas. Würden die Bewohner, die bisher mit Gas geheizt

6 / 6

*haben, massiv subventioniert, würden die mit Öl heizenden Nachbarn ebenfalls Subventionen verlangen. Deshalb hat sich der Stadtrat entschieden, im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen eine Leitung anzuschliessen, die schon über dreissig Jahre amortisiert wird und nicht erst über vierzig Jahre wie üblich. Der Stadtrat kann nicht den einen unter die Arme greifen und den andern nicht. Ein Beratungsangebot in Form von Energie-Coaching soll mit den Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzern allfällige Clusterlösungen, Wärmepumpen, Sonnenkollektoren und andere Lösungen abklären. Je nach Lage und Ort der Liegenschaft soll für alle eine bestmögliche Lösung gefunden werden.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat